

*Hans Pelger*

Zur sozialdemokratischen Bewegung  
in der Rheinprovinz vor dem Sozialistengesetz

Mit den folgenden Berichten über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung antworteten die Regierungspräsidenten zu Aachen, Köln, Trier, Koblenz und Düsseldorf auf einem Erlaß des Innenministers vom 1. Juni 1878. Die Berichte stammen aus dem Staatsarchiv Koblenz, Bestand 403, 6825; Bl. 142–144, 185; Bl. 152–154; Bl. 157–165; Bl. 176 bis 183; Bl. 201–214. Die ergänzenden Angaben über die christlichsoziale Bewegung befinden sich am gleichen Ort, Bl. 253–256 und Bl. 265.

*Abschrift*

Aachen, den 10. Juli 1878

Kgl. Regierungspräsidium

*Pr. Nr. 1163 1174*

Betrifft die Maßnahme gegen die sozialdemokratische Bewegung.

*Reskript vom 1. Juni d. J. II 4909*

Ew. Exzellenz berichte ich ganz gehorsamst, daß die Sozialdemokratie im hiesigen Regierungsbezirk bisher nirgend Boden gewonnen hat und daß dies auch, wie die Verhältnisse hier liegen und solange dieselben sich nicht wesentlich ändern, für die Folge nicht zu erwarten ist.

Vor mehreren Jahren (im Jahre 1869 und den darauf folgenden Jahren) haben sozialdemokratische Agitatoren versucht, in Aachen-Burtscheid und in den Fabrik- und Bergwerksdistrikten von Eschweiler und Stolberg die Arbeiterbevölkerung für ihre Ideen zu gewinnen und Arbeiter-Gewerbsgenossenschaften zu gründen.

Diese Versuche sind aber gänzlich fehlgeschlagen, und schon seit Jahren ist von irgend einer Erneuerung derselben nichts bemerkt worden.

Die Arbeiterbevölkerung steht hier durchweg unter dem ausschließlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit, welche die sozialdemokratischen Bestrebungen stets bekämpft hat und dies, wie sicher angenommen werden kann, auch ferner tun wird. Auch von Geistlichen, welche in dem kirchlichen-politischen Kampfe der Staatsregierung in der schroffsten Weise gegenüberstehen, sind nach den Attentaten vom 11. Mai und 2. Juni Dankgottesdienste für die Erhaltung des

Lebens Seiner Majestät des Kaisers und Königs abgehalten worden. Ein anderes Moment, welches die Sozialdemokratie hier keinen geeigneten Boden finden läßt, ist der Umstand, daß in den ländlichen Fabrik- und Bergwerksdistrikten die Arbeiterstämme zum großen, vielfach zum weit überwiegenden Teil nicht aus losen Leuten, sondern aus kleinen ländlichen Besitzern bestehen, deren bäuerliche Besitzungen, bei der hier bestehenden großen Zersplitterung des Grundbesitzes zu klein sind, um eine Familie allein von dem landwirtschaftlichen Betriebe auskömmlich zu ernähren und die deshalb, vermöge der vorhandenen Eisenbahnverbindungen auf weite Entfernungen hin, die in den Fabriken und Bergwerken sich darbietende Gelegenheit zu lohnendem Arbeitsverdienst aufsuchen.

Gleichwohl sind alle Polizeibehörden und deren Organe im Sinne des hohen Erlasses vom 1. vorigen Monats mit Instruktion versehen und zu unausgesetzter Wachsamkeit auf alle etwaigen Versuche, Versammlungen abzuhalten oder Preßerzeugnisse sozialdemokratischer Tendenz zu verbreiten, sowie zu unverzüglichem Einschreiten gegen etwaige Ausschreitungen angewiesen worden.

Nicht minder habe ich die Landräte beauftragt, in persönlicher Kommunikation mit den industriellen Arbeitgebern denselben die Gefahren, welche ihnen von der sozialdemokratischen Bewegung drohen, zur Erkenntnis zu bringen und dieselben anzuregen, auch ihrerseits alles zu tun, um von ihren Arbeitern sozialdemokratische Elemente fernzuhalten resp. dieselben zu entfernen. Ich selbst nehme persönlich jede Gelegenheit wahr, um in gleichem Sinne anregend zu wirken. Ich bin überall neben der tiefsten Abscheu gegen die neuesten schrecken-erregenden Ausgeburten der sozialdemokratischen Lehren der vollen Bereitwilligkeit und dem festen Entschluß begegnet, die Bestrebungen der Sozialdemokratie im Verein mit der Staatsregierung zu bekämpfen, in dem Sinne, wie es in der Versammlung Industrieller und Gewerbetreibender Rheinlands und Westfalens am 24. vorigen Monats in Düsseldorf beschlossen worden ist. Ich nehme an, daß die Beschlüsse dieser Versammlung bereits anderweit zu Ew. Exzellenz Kenntnis gebracht worden sind.

Nicht unerwähnt will ich lassen, daß für Aachen und Burtscheid ein christlich-sozialer Arbeiterverein zum heiligen Paulus unter der Leitung von katholischen Geistlichen besteht. Derselbe hat mit den Sozialdemokraten gemein, daß er den Gegensatz der Arbeiter gegen die besitzenden Klassen predigt. Er unterscheidet sich von denselben dadurch, daß er durchaus auf dem Boden der katholischen Religion steht. Dieser Verein hat die in früheren Jahren gemachten Versuche sozialdemokratischer Agitatoren, hier Boden zu gewinnen, entschieden und erfolgreich bekämpft und desavouiert auch heute auf das entschiedenste die Sozialdemokratie. Bei den letzten Reichstagswahlen hat die in diesem Verein repräsentierte Partei den Versuch gemacht, einen eigenen Kandidaten in der Person eines Kaplans Laaf aus Essen durchzubringen.

Derselbe hat es bei der nötig gewordenen engeren Wahl auf 4114 Stimmen gebracht gegen 4192 Stimmen, mit welchen der Kandidat des Zentrums siegte.

Man nimmt aber hier allgemein an, daß der Kaplan Laaf, wenn er gewählt worden wäre, im Reichstage doch dem Zentrum beigetreten sein würde.

Für die bevorstehenden Wahlen glaubt man, daß diese Partei lediglich für den Kandidaten des Zentrums stimmen wird. Die Tendenz der Begründer und Leiter dieses Vereins geht wohl im wesentlichen dahin, durch diese Vereinsbildung die Arbeiter, namentlich für die Wahlen, unter dem unbedingten Einfluß der Geistlichkeit zu halten und dieselbe dem Einfluß der Fabrikherren zu entziehen, deren viele teils Akatholiken, teils Katholiken mehr liberaler Richtung sind.

Ein ähnlicher Verein besteht in Malmedy. Wenn auch diese Vereine dadurch, daß sie den Neid der besitzlosen gegen die besitzenden Klassen rege machen, eine Saat ausstreuen, die unter Umständen gefährlich werden kann, und wenn deshalb auch die Behörden auf das Tun und Treiben dieser Vereine unausgesetzt ein wachsames Auge haben werden, so halte ich doch dafür, daß zur Zeit keine Veranlassung vorliegt, gegen dieselben mit gleichen oder ähnlichen Maßregeln vorzugehen wie gegen die Sozialdemokraten.

Der Regierungspräsident  
(gez.) Hoffmann

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

*Abschrift*

Aachen, den 18. Juli 1878

Kgl. Regierungspräsidium

*Pr. Nr. 1252*

Betrifft den Stand der sozialdemokratischen Bewegung.

Ew. Exzellenz habe ich, in Erwägung meines Berichts vom 10. dieses Monats, ganz gehorsamst zu berichten, daß ich durch eine hier kürzlich abgehaltene Wahlversammlung Kenntnis davon erhalten habe, daß – was der Polizeipräsident in seinem bezüglich an mich erstatteten Berichte anzuführen unterlassen hatte – am hiesigen Orte doch eine sozialdemokratische Vereinigung noch besteht.

Ich habe über dieselbe nähere Erkundigungen eingezogen und gestatte mir auszugsweise Abschrift des Berichts, welchen der Polizeipräsident mir unter dem gestrigen Tage erstattet hat, zur hochgeneigten Kenntnisnahme ganz gehorsamst zu überreichen.

Irgendeine größere Bedeutung hat dieser Verein nicht, wie schon die geringe Mitgliederzahl ergibt, und es ist erfreulich, daß unter dem Eindruck der Erkenntnis von den schrecklichen Früchten, welche die sozialdemokratischen Lehren tragen, die Mitgliederzahl nahezu um die Hälfte zurückgegangen ist.

Der Regierungspräsident  
(gez.) Hoffmann

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Kgl. Regierung Köln

Betrifft die sozialdemokratische Bewegung im hiesigen Regierungsbezirk.

*ad rescr. vom 1. v. Mts. II 4909*

Der Anordnung in Ew. Exzellenz hohem Erlasse vom 1. vorigen Monats entsprechend sind die Landräte des Bezirks und durch dieselben die Bürgermeister mit der erforderlichen Weisung versehen und zum Berichte über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung aufgefordert worden. Diese Berichte sind jetzt sämtlich eingegangen und ergeben, daß in den Kreisen Bonn, Euskirchen, Gummersbach, Rheinbach, Sieg, Waldbröl und Wipperfürth bisher eine sozialdemokratische Bewegung oder Agitation nicht wahrnehmbar gewesen oder wo sie versucht worden, ohne jeden Erfolg geblieben ist. Die Zahl der in diesen Kreisen vorhandenen Sozialdemokraten ist eine ganz geringe, und die übrigen Kreisbewohner stehen der sozialdemokratischen Partei feindlich gegenüber. Die Angehörigen der letzteren sind meistens verkommene Subjekte, welche keinen Einfluß auf die übrigen Einwohner auszuüben vermögen.

Auch in dem fast nur Ackerbau treibenden Kreise Bergheim ist eine sozialdemokratische Bewegung oder Agitation bisher nicht hervorgetreten, doch existieren in dem Dorfe Fliesteden etwa 11 Personen, meistens sehr dürftige Tagelöhner, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen.

Sie halten in mehreren Exemplaren das hier erscheinende Wochenblatt: »Kölner Freie Presse« und kommen dann und wann bei dem einen oder anderen ihrer Parteigenossen zusammen. Der Bürgermeister ist durch den Kreislandrat angewiesen worden, diese Personen und ihre Zusammenkünfte genau zu beobachten; er hat auch bei den Hauptpersonen Haussuchungen vorgenommen, sozialdemokratische Druckschriften saisiert und dem Oberprokurator Anzeige gemacht.

Im Kreise Mülheim beläuft sich die Zahl der Sozialdemokraten auf etwa 600, welche mit Ausnahme von etwa 45 in verschiedenen Bürgermeistereien wohnenden, sämtlich der industriereichen Stadt Mülheim angehören. In derselben existierten bis vor kurzem drei sozialdemokratische Vereine mit etwa 150 Mitgliedern. Diese Vereine sind einer scharfen Kontrolle unterworfen worden, und es haben Haussuchungen bei den Vorständen stattgefunden, in deren Folge ein Verein gerichtlich geschlossen worden ist, gegen einen zweiten die gerichtliche Untersuchung schwebt und der dritte sich aufgelöst hat. Es hat sich inzwischen in Mülheim ein Verein von Arbeitgebern und Fabrikbesitzern gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichtet haben, Arbeiter, welche sich zur sozialdemokratischen Partei halten und der Verbindung mit derselben auf Erfordern nicht entsagen, aus der Arbeit zu entlassen.

Im Landkreise Köln existieren in drei Bürgermeistereien gar keine Sozialdemo-

kraten, während in fünf anderen zwar Versuche gemacht worden sind, durch Abhalten von Versammlungen und dergleichen Anhänger zu werben, jedoch ohne Erfolge von irgendeiner Bedeutung zu erzielen.

In den Bürgermeistereien Efferen und Rondorf existieren Sozialdemokraten in größerer Zahl – bei der letzten Reichstagswahl wurden 72 resp. 54 Stimmen für Bebel abgegeben.

Doch ist auch in diesen Bürgermeistereien eine Agitation oder Bewegung nicht bemerkbar gewesen. Dagegen existieren in der Stadt Deutz und in den Vororten von Köln: Ehrenfeld, Nippes und Kalk verschiedene sozialdemokratische Vereine und Genossenschaften, deren Mitglieder häufig Versammlungen abhalten. Die letzteren werden streng überwacht, haben indessen zu erheblichen Ausstellungen resp. Einschreiten bisher keine Veranlassung gegeben. Die Agitation wird hauptsächlich durch geschickte Kolportage sozialistischer Broschüren und Zeitungen betrieben. Auch in den vorgenannten Orten haben sich Vereine von Arbeitgebern und Fabrikbesitzern zu dem Zwecke gebildet, sozialdemokratischen Arbeitern die Arbeit zu entziehen. Der Landrat klagt darüber, daß die Rheinische Eisenbahngesellschaft, deren Hauptwerkstätte in Nippes belegen ist und eine sehr große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, bisher in keiner Weise gegen die Agitation der Sozialdemokratie eingeschritten sei; ich werde deshalb Veranlassung nehmen, die Direktion zu einem entsprechenden Vorgehen aufzufordern. Der Landrat ist übrigens angewiesen worden, gegen die Vereine und Genossenschaften, sobald sich dazu Gelegenheit bietet, mit Entschiedenheit vorzugehen.

In der Stadt Köln endlich ist der Hauptsitz der sozialdemokratischen Bewegung für den hiesigen Bezirk.

Der Polizeipräsident von König hat derselben die eingehendste Beaufsichtigung zuteil werden lassen. Von demselben ist mir eine Nachweisung über den Stand der Bewegung und der gegen dieselbe ergriffenen Maßregel vorgelegt worden, von welcher ich mir Abschrift hierbei zu überreichen erlaube. Die Übersicht ergibt, daß gegen sämtliche hier hervorgetretenen Vereine polizeilich und gerichtlich eingeschritten worden ist, mit Ausnahme der sub 10 und 11 aufgeführten, in Bezug auf welche indessen auch schon Verhandlungen eingeleitet worden sind. Schließlich glaube ich die Überzeugung aussprechen zu können, daß im hiesigen Bezirke die Sozialdemokratie bisher noch keine verhältnismäßig bedeutende Verbreitung gefunden hat und daß die örtlichen Verhältnisse eine solche einstweilen auch nicht begünstigen.

Die bevorstehende Reichstagswahl wird dartun, ob die Anhänger der Sozialdemokratie an Zahl zu- oder abgenommen haben.

Der Regierungspräsident  
(gez.) von Bernuth

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Regierungspräsidium

Betrifft die sozialdemokratische Bewegung.

*Zum hohen Erlaß vom 1. Juni d. J. II 4909*

In dem diesseitigen Regierungsbezirke hat die sozialdemokratische Bewegung bisher im allgemeinen keinen Boden gefunden. Nur in dem Industriebezirke der Saar zeigten sich vor den letzten Reichstagswahlen (Januar 1877) Spuren geheimer Agitation, die zur Folge hatten, daß 324 Stimmen für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden. Diese Agitation wuchs allmählich und kam im Juni und Juli vorigen Jahres im Kreise Saarbrücken zum offenen Ausbruch in einer Reihe von Volksversammlungen und in der Herausgabe eines sozialdemokratischen Blattes.

Ew. Exzellenz ist aus den Berichten der hiesigen königlichen Regierung vom 27. Juli vorigen Jahres, aus einem Berichte vom 29. Juli vorigen Jahres sowie aus meinen Zeitungsberichten vom 25. Juli und 24. Oktober vorigen Jahres bekannt, wie diese Bewegung durch das energische Einschreiten der Behörden und die vereinte Tätigkeit der größeren Arbeitgeber sowie durch die strengen Strafen der Gerichte in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Stillstand gebracht worden ist, so daß Versammlungen und äußerlich wahrnehmbare Agitationen seitdem nicht mehr stattfanden.

Gleichwohl nahm ich Veranlassung, die Aufmerksamkeit aller Landräte durch die in einem Exemplare ganz gehorsamst beigegebenen Verfügung vom 3. August vorigen Jahres auf diesen Gegenstand zu lenken und ihnen eine sorgfältige Beobachtung aller Erscheinungen auf diesem Gebiete anzuempfehlen.

Anzeigen über besondere Vorkommnisse sind mir hierauf nicht zugegangen.

In Ausführung Ew. Exzellenz hohen Erlasses vom 1. Juni dieses Jahres habe ich die Landräte durch die gleichfalls ehrerbietigst beigegebene Verfügung vom 11. vorigen Monats wiederholt zu strenger Handhabung der Gesetze und zu anregender Tätigkeit behufs Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgefordert. Abgesehen von den nötigen polizeilichen Maßregeln, die noch durch eine Verfügung der Regierung zur Verschärfung der Kontrolle über die Landstreicher und sonstigen legitimationslos umherstreichenden Individuen erwägt worden sind, hielt ich besonders eine Einwirkung auf die Arbeitgeber zur Herbeiführung sorgfältiger Beobachtung und pfleglicher Behandlung der Arbeiter wie zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahr für geboten.

Im übrigen ließ die aus Anlaß des zweiten Attentats auf Seine Majestät eingetretene allgemeine Bewegung zur Abwehr der Folgen sozialdemokratischer Lehre und Agitation sehr bald erkennen, daß es zunächst kaum einer amtlichen Einwirkung bedürfe, um die bestehenden Gesetze zur strengen Anwendung zu

bringen und die bürgerlichen Elemente zur Selbsthilfe gegen den Feind anzu-  
treiben.

Die von den Landräten neuerdings mir erstatteten Berichte, die auch mit meinen sonstigen Wahrnehmungen übereinstimmen, ergeben erfreulicherweise, daß auch jetzt in allen Kreisen, mit einziger Ausnahme des Kreises Saarbrücken, eine Verbreitung sozialdemokratischer Lehren oder eine Agitation in diesem Sinne in irgend erheblichem Umfange nicht zutage getreten ist.

Die wenigen Zigarrenarbeiter in Ottweiler, die sich den sozialdemokratischen Bestrebungen angeschlossen hatten, haben nach ernster Verwarnung aus freier Entscheidung die Erklärung abgegeben, sich künftig von jeder Gemeinschaft mit dieser Umsturzpartei fernhalten zu können.

Auch bei einem Teile der Zigarrenfabrikarbeiter in Bernkastel und selbst bei Weinbergarbeitern daselbst haben sozialdemokratische Lehren Eingang gefunden. Ohne Führer und Organisation sind dieselben aber bisher kaum als bewußte Anhänger der Partei zu betrachten.

Ebenso sind in den Kreisen Saarlouis und Merzig vereinzelte Anstrengungen von Arbeitern vorgekommen, die auf eine gewisse Infektion von dem sozialdemokratischen Gifte deuten, größere Dimensionen aber noch nicht angenommen haben.

In der Stadt Trier sind bisher irgendwelche Spuren sozialdemokratischer Bewegung nicht zutage getreten. Der einzige, der es bis jetzt hier nachweislich versucht hat, sozialdemokratische Tendenzen von außen her hier zu importieren, war der berühmte Klempnergeselle Hödel, der einige Wochen vor dem Attentat auf Seine Majestät am 31. März dieses Jahres hier durchreiste und in einem Wirtshause vor anwesenden Bürgern in sozialdemokratischem Sinne sich äußerte. Letztere haben sich hierbei sehr richtig und patriotisch benommen.

Von der weiten Verbreitung schlechter, unpatriotischer Gesinnung geben allerdings die vielfachen Untersuchungen Zeugnis, die in vielen Kreisen wegen Majestätsbeleidigung haben eingeleitet werden müssen. An dieser unpatriotischen Gesinnung trägt im hiesigen Bezirke in erster Linie der Kulturkampf und die geradezu nichtswürdige, jedes patriotische Gefühl planmäßig unterdrückende Haltung der meisten klerikalen Blätter bei. Abgesehen davon, daß diese letzteren die Autorität des Staates und der Behörden und die Liebe für König und Vaterland systematisch untergraben, fördern sie auch sozialdemokratische Zwecke dadurch, daß sie mit Vorliebe Artikel aus sozialdemokratischen Blättern abdrucken. Als ein Beispiel lege ich ein Exemplar der in Bernkastel erscheinenden, von dem Kaplan Eberhard geleiteten »Mosella« bei. Was nun den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Saarbrücken anbetrifft, so ist auch hier jede offene Agitation seit dem Juli vorigen Jahres unterdrückt geblieben und eine Gefahr für die nächste Zeit nicht mehr vorhanden. Ich gestatte mir, aus dem bezüglichen Berichte des sehr umsichtigen Landrats von Geldern einige Stellen hier wörtlich einzuschalten.

»Es ist nicht anzunehmen, daß die in vorigem Jahre hier aufgetretene sozialdemokratische Bewegung inzwischen Fortschritte gemacht hat. Ein offenes Hervortreten dieser Partei ist nicht wieder vorgekommen und m. E. auch für jetzt nicht zu besorgen. Doch sind und bleiben die sozialdemokratischen Ideen soweit unter großen Gruppen der Arbeiter und der kleinen Handwerker verbreitet, haben dieselben in dem Maße ihren verführerischen Reiz für eine große Anzahl von Menschen behalten, daß bei einer allgemeinen Erhebung der Sozialdemokratie es auch hier nicht an offenen Anhängern derselben in großer Anzahl, und zwar nach meiner Schätzung zum mindesten bis zu dem zehnten Teil der betreffenden Arbeiterbevölkerung, fehlen würde. Von dem Vorhandensein solchen Zündstoffes geben auch die strafbaren Ausbrüche einzelner verbissener Parteigänger infolge der durch die Attentate auf Seine Majestät den König und Kaiser entstandenen allgemeinen Erregungen ein trauriges Zeugnis. Nicht weniger als zehn Personen sind im Laufe des vergangenen Monats wegen Majestätsbeleidigung und ähnlicher Vergehen zur Untersuchung gezogen worden.

Bei der Untersuchung gegen den Uhrmacher Metzger sind auch Korrespondenzen mit Beschlag gelegt worden, welche eine fortgesetzte Verbindung der hiesigen Agitatoren mit der Zentralleitung der Sozialdemokratie dartun.

Die Mittel, deren sich die Agitation zur Verbreitung beziehungsweise zur Erhaltung der sozialdemokratischen Ideen bediente, sind die Presse und Kolportagen.

In großen Mengen gelangen sozialdemokratische Zeitungen und Druckschriften fortgesetzt zur Verteilung unter die Arbeiter, weil es eine wirksame Abwehr gegen diese methodische Vergiftung des Volkes nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht gibt. Die Verbreitung geschieht heimlich von Hand zu Hand; weder in Wirtshäusern noch in den der Revision zugänglichen Waren der Händler werden solche Schriften sich finden lassen. Und doch vollzieht sich der Umsatz, ohne daß der Agitator nur mit dem zu verführenden Arbeiter in Berührung käme. In dieser Beziehung sind daher auch für den hiesigen Kreis die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus unzureichend, soll der weiteren Ausdehnung der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegengetreten werden.

Ein striktes Verbot der sozialdemokratischen Preßerzeugnisse ist erforderlich, wogegen bloße Beschränkungen, wie z. B. eine Entziehung des Postdebts und eine weitere Aufsicht über die Kolporteure, bei der ausgebildeten Organisation der Partei nur zu neuen Umgehungen des Gesetzes und auf neue heimliche Schleichwege führen würden, um die Demoralisation um so sicherer weiterzutragen. Während sonach auf diesem Gebiete sich die Polizei ziemlich ohnmächtig erweist, scheint es in anderen Beziehungen einer Verschärfung der vor einem Jahre angeordneten Repressivmaßregeln nicht zu bedürfen. Eine Verschärfung der Aufsicht ist nur insofern eingetreten, als nach der Verfügung der königlichen Regierung in Trier vom 13. Juni 1878 I. B 6899 fortan auch in Privatzirkeln stattfindende Sammlungen für sozialdemokratische Zwecke als strafbar zu ver-

folgen sein werden. Im übrigen haben die Polizeibehörden sich nicht auf das bloße Entgegentreten gegen Ausschreitungen beschränkt, sondern es sind gegen die Agitatoren und deren Organe alle diejenigen Maßregeln angewendet worden, welche gegenüber gemeingefährlichen und der öffentlichen Verachtung anheimfallenden Subjekten am Platze sind. Dieser Behandlungsweise ist es in Verbindung mit der Strenge der Richtersprüche zuzuschreiben, daß die Mehrzahl der Agitatoren hier bald wieder das Feld geräumt haben und daß erst wieder vor wenigen Tagen zwei sehr rührige Sozialdemokraten, der aus der gerichtlichen Untersuchungshaft entlassene Bäcker Pabst aus Saarbrücken und der Buchbinder Jacobs aus Saarbrücken, nach Belgien übergesiedelt sind. Von dem vor einem Jahre aufgehobenen, aus etwa zehn Mitgliedern bestehenden sozialdemokratischen Vereine, dem sogenannten Preßkomitee, sind daher zur Zeit nur noch drei Personen im Kreise, und auswärtige Agitatoren haben sich seit dem Herbste hier nicht wieder blicken lassen.

Ein solches Vorgehen der Behörden ist aber nur möglich gewesen, weil der gesunde und loyale Sinn der Bevölkerung in allen Schichten derselben in Übereinstimmung mit den Behörden die Sozialdemokratie von Anfang an als eine verbrecherische Genossenschaft behandelt wissen wollte und die Behörden zu diesem Zwecke unterstützte, während dieselbe in anderen Teilen des Staates von der öffentlichen Meinung noch als eine mehr oder weniger berechtigte politische Parteibildung betrachtet wurde.

Die Situation der hiesigen Behörden war hiernach im Saargebiete der Sozialdemokratie gegenüber von Beginn der Agitation an eine weit günstigere als anderwärts, wie solches bei Beurteilung der Erfolge nicht übersehen werden darf. Gegenwärtig, wo der Kampf mit der Sozialdemokratie allerwärts aufgenommen worden ist, haben die Polizeibeamten noch leichtes Spiel, so daß jetzt neues Anspornen derselben kaum nötig sein dürfte. Ohnehin sind dieselben nicht aus der Übung gekommen, da ja, wie bereits angeführt, der zu bekämpfende Feind nach wie vor vorhanden ist; obschon derselbe sich nicht offen zeigt, so nimmt dessen Rührigkeit im geheimen doch keinesfalls ab, so daß es noch nicht an der Zeit ist, sich in Sicherheit zu wiegen und in der Wachsamkeit nachzulassen. Aus diesem Grunde ist es auch anzuerkennen, daß die Arbeitgeber fortfahren, die gegen die Sozialdemokratie geschlossenen Vereinbarungen zu befestigen und weiter auszudehnen. Allerdings handelt es sich nunmehr erfreulicherweise nicht mehr um die Bekämpfung offener Agitationen, dagegen gibt es noch viel Arbeit, um die einmal eingedrungenen unklaren Vorstellungen von dem Beglückungssystem der Sozialdemokratie sowie die durch die schlechten Zeiten gesteigerten Mißstimmungen wieder zu beseitigen und deren Ausbreitung auf weitere Kreise vorzubeugen.

Die Mehrzahl der Arbeitgeber, insbesondere die königlichen Bergbeamten, sind in dieser Beziehung über die Stimmung ihrer Arbeiter sowie über die einzelnen verdächtigen Persönlichkeiten vollständig orientiert, so daß dieselben hierbei

der Unterstützung der Polizeiorgane nicht bedürfen. Dagegen gibt es immer noch einige, welche sich mit der Niederhaltung der offenen Agitation begnügen und sonst nichts Verdächtiges zu entdecken vermögen oder wünschen; hier bleibt es Aufgabe der Polizeiorgane, auch auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen, nicht zurückhaltend zu sein mit der Mitteilung ihrer Wahrnehmungen, wobei allerdings in der Form sich Vorsicht empfiehlt. Was die Vereinigung der Handwerksmeister und kleineren Gewerbetreibenden zur gemeinsamen Aktion gegen die Sozialdemokratie anbelangt, so waren derartige Organisationen bis jetzt nicht erforderlich, um die Ausstoßung der Sozialdemokraten aus diesen Kreisen herbeizuführen und solche abschreckend wirken zu lassen. Solches geschah ohne ausdrückliche Verabredungen, welche in dem gegenwärtigen Augenblicke der allgemeinen Erregung gegen die verbrecherische Partei noch weniger Bedürfnis sind.

Dagegen erscheint es im Hinblick auf die Unsicherheit und den Wankelmut in allen politischen Anschauungen bei der großen Menge einer- wie andererseits bei der Zähigkeit, mit welcher die Sozialdemokratie ihre Ziele verfolgt, allerdings wünschenswert, die Organisation der größeren Arbeitgeber auf weitere Kreise auszudehnen.

Die Sache wird meinerseits zu fördern versucht werden, sobald als die derzeitige Erregung, welche die bevorstehenden Wahlen im Gefolge haben, sich gelegt haben wird.

In betreff der Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist in der letzten Zeit kein Fortschritt wahrnehmbar gewesen. Die Ursache hiervon ist in der mißlichen Lage der Industrie und in dem Rückgang des Wohlstandes der Gewerbetreibenden zu sehen. Ebenso wenig ist aus gleichem Grunde etwas zur besseren Regelung der Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitgebern durch Fabrikordnungen usw. geschehen. Der Erlaß solcher Vorschriften, welche Zucht und Disziplin unter den Arbeitern befestigen sollen, erregt bei schlechtem Verdienst und ohne Gewährung neuer materieller Vorteile an die Arbeiter leicht Mißvergnügen, welches von jedem vorsorglichen Arbeitgeber gern vermieden wird. Auch bei der königlichen Eisenbahnverwaltung ist bis jetzt alles auf dem alten Fuße geblieben mit Ausnahme des erfreulichen Umstandes, daß die Unterstützungsgesuche verunglückter Arbeiter zur Zeit eine wohlwollendere Berücksichtigung als früher finden. Es fehlt bei dieser Verwaltung offenbar in gleichem Maße an den Mitteln wie an dem richtigen Verständnis für Verbesserung zum Wohl der Arbeiter; denn die leitenden Beamten sehen gar nicht das Bedürfnis, sondern erachten die bestehenden Einrichtungen für vollständig ausreichend.«

Abschrift eines bei einem Sozialdemokraten in Burbach mit Beschlag belegten Briefes lege ich ganz gehorsamst bei. Es geht aus demselben hervor, wie gut die Verteilung der Druckschriften über den ganzen Kreis organisiert ist; daß man solchen Zuständen gegenüber mit Palliativmitteln nicht auskommt, darin dürfte dem Landrate zuzustimmen sein.

Immerhin ist es sehr erfreulich, daß es im großen und ganzen bisher gelungen ist, die sozialdemokratische Bewegung von dem weitaus größten Teil der sehr erheblichen Arbeiterbevölkerung des Saargebietes fernzuhalten. Ein Hauptverdienst hieran gebührt den größeren Arbeitgebern selbst.

Die alsbald nach dem ersten Ausbruch der offenen Agitation getroffenen Verabredungen der größeren Firmen, welche in dem hier wieder angeschlossenen Protokoll vom 6. Juli vorigen Jahres niedergelegt sind, haben sofort durchgreifend gewirkt und werden noch jetzt gehandhabt. Es sind seitdem noch weitere Arbeitgeber der Vereinigung beigetreten, so daß zur Zeit 37 Arbeitgeber mit circa 35 000 Arbeitern seinen Beschlüssen sich angeschlossen haben.

Einer Beratung des ausführenden Komitees habe ich kürzlich beigewohnt und aus derselben den Eindruck gewonnen, daß seitens der Arbeitgeber alles geschieht, um einer weiteren Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren entgegenzutreten.

Zu erheblichen Arbeiterentlassungen und Streiks ist es bisher nicht gekommen. Die stillen Anhänger der Partei sind offenbar sehr eingeschüchtert und verhalten sich ruhig. Nach den allseitig bestätigten Erfahrungen hat sich als das wirksamste Mittel gegen die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen das Verbot derjenigen Wirtshäuser erwiesen, in denen sozialdemokratische Blätter ausliegen oder bekannte Sozialdemokraten verkehren oder welche zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben wurden. Es ist sogar nicht einmal wahrscheinlich, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wird.

Wenn nun auch aus Vorstehendem als Gesamtergebnis für den Regierungsbezirk Trier sich ergibt, daß nirgends eine wahrnehmbare bedrohliche Ausbreitung des Sozialismus bisher stattgefunden hat, so läßt sich doch annehmen, daß hier wie überall die Elemente für eine schnelle Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung, wenn von außen das Zeichen dazu gegeben werden sollte, nicht fehlen und daß im geheimen mancher Keim vorhanden ist, der der amtlichen Beobachtung sich entzieht. Namentlich in den Kreisen der kleinen Handwerker, Tagelöhner und Dienstboten herrscht große Unzufriedenheit mit ihrer Lage, und der ernste Sinn für Arbeit und Gehorsam ist unter dem Drucke der Verhältnisse und den Verführungen einer frivolen Presse mehr und mehr abgeschwächt. Die Folgen der kirchlichen Kämpfe und der durch mancherlei Umstände geförderten Irreligiosität treten auch hierzu immer offener zutage.

Andererseits muß ich noch im allgemeinen auch für den hiesigen Bezirk bestätigen, was den Zeitungen nach überall hervortritt, daß die Beunruhigung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft über die so plötzlich hervorgetretene weite Verbreitung und bodenlose Verworfenheit der Sozialdemokratie eine nicht geringe ist und daß man von allen Seiten, bis tief in die liberalen und fortschrittlichen Kreise hinein, weit mehr, als die berufsmäßigen Zeitungsschreiber und die Parlamentarier von Profession zugestehen wollen, nach kräftigen Repressiv-

maßregeln gegen die Sozialdemokratie und gegen alles, was sie direkt oder indirekt begünstigt oder gefördert hat, verlangt und in erster Linie gründliche Abänderungen des Vereins- und Preßgesetzes, des Strafgesetzbuches und des Wahlgesetzes das Wort redet. Nur die verbissendsten Ultramontanen stehen gewissermaßen händereibend triumphierend beiseite und freuen sich der bösen Saat, die sie zum Teil mit säen halfen.

Der Regierungspräsident  
(gez.) von Wolff

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Koblenz, den 18. Juli 1878

*Abschrift*

Regierungspräsidium

J. No. 745

Betrifft das Auftreten der Sozialdemokratie  
im Regierungsbezirk Koblenz

*Zum Erlaß vom 1. Juni d. J. II 4909*

Ew. Exzellenz verfehlen wir nicht zur Erledigung des verehrlichen Erlasses vom 1. Juni dieses Jahres II 4909 in der nebenbezeichneten Angelegenheit folgendes gehorsamst zu berichten:

Gleich nach Eingang dieses Erlasses haben wir im Sinne desselben die Landräte diesseitigen Bezirks sowie den kommissarischen Polizeidirektor hierselbst mit entsprechenden Weisungen bezüglich des Verhaltens der Polizeibehörden gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie versehen: insbesondere haben wir aber auch mit Rücksicht darauf, daß erfahrungsgemäß die Arbeiter in Fabriken und größeren gewerblichen Etablissements zu sozialdemokratischen Gesinnungen hinneigen resp. sozialdemokratischen Einflüssen zugänglich sind, bei den Landräten die Erwägung angeregt, ob es nach den örtlichen Verhältnissen nicht angezeigt sein sollte, die hierzu geeignet erscheinenden Arbeitgeber darauf hinzuweisen, die in ihrem Lohn und Brot stehenden Arbeiter, welche der Sozialdemokratie angehören resp. sich nunmehr von derselben nicht lossagen wollen, aus der Arbeit zu entlassen.

Was nun diese Maßnahme betrifft, so haben wir aus den von den Landräten über die Ausführung unserer betreffenden Verfügung erstatteten Berichten ersehen, daß dieselben in denjenigen Kreisen des diesseitigen Bezirks, in welchen sich Fabriken und sonstige Etablissements befinden, seitens der Fabrikherrn und Vorsteher gewerblicher Etablissements teils schon in der Ausführung begriffen war, teils nachträglich ein völliges Entgegenkommen gefunden hat. So haben sich besonders die Fabrikherren und Hüttenbesitzer in und bei Neuwied in einer Versammlung vom 17. Juni dieses Jahres verbindlich gemacht:

- »1. jeden ihrer Arbeiter zu befragen:
  - a) ob er einem Verein sozialdemokratischer Tendenz angehöre;
  - b) ob er eine Zeitschrift dieser Tendenz halte;
  - c) ob er irgendeinen Beitrag zu irgendeinem sozialdemokratischen Zwecke zahle;
- 2. im Falle der Bejahung der einen oder anderen Frage dem Arbeiter die sofortige Entlassung anzudrohen und auszuführen, falls der Arbeiter nicht den Abbruch aller dieser Beziehungen erklärt;
- 3. bei jedem neu eintretenden Arbeiter dieselben Fragen zur Beantwortung vorzulegen.«

In den industriellen Etablissements des Kreises Altenkirchen, die zum größten Teil unter Kruppscher Leitung stehen, werden sozialdemokratische Arbeiter fortan nicht mehr geduldet werden. Ein gleiches gilt von den Fabriken und Hüttenwerken in den Kreisen Koblenz und Kreuznach.

In der Stadt Simmern haben zwei Fabrikbesitzer auf Aufforderung des Landrats durch Anschlag in den Fabrikräumen die Arbeiter unter Androhung der Entlassung von dem Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen gewarnt.

Im Kreise Wetzlar haben die Hüttenbesitzer und Fabrikanten dem Landrat durchweg versichert, unter ihren Arbeitern Sozialdemokraten nicht zu haben, so daß sie es nicht für nötig erachteten, ihren Arbeitern gegenüber besondere Warnungen auszusprechen. Eine gleiche Maßnahme gegen die bei den Staatsbauten im Ressort der Regierung beschäftigten Arbeiter zur Anwendung zu bringen, ist keine Veranlassung gewesen, da sich dieselben für Agitationen der Sozialdemokratie bisher nicht zugänglich gezeigt haben.

Ew. Exzellenz haben wir nunmehr noch über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung im diesseitigen Bezirk zu berichten und in dieser Beziehung zunächst gehorsamst anzuführen, daß in der Mehrzahl der dreizehn Kreise des Bezirks, und zwar in den Kreisen Adenau, Ahrweiler, Kochem, Kreuznach, Mayen, Maisenheim, St. Goar und Wetzlar nach den darüber von den betreffenden Landräten erstatteten Berichten sozialdemokratische Bewegungen und Agitationen zur Zeit nicht bestehen, überhaupt Wesen und Tendenz der Sozialdemokratie bei der Masse der Bevölkerung nicht bekannt ist. Der Landrat des Kreises Mayen bemerkt zwar, wie es wohl nicht zu bezweifeln sei, daß einzelne zugewanderte Personen sich zu der sozialdemokratischen Partei zählen, daß von diesen jedoch eine nennenswerte Einwirkung nicht zu berichten sei, da sie bisher den Ortsbehörden in solcher Eigenschaft nicht, oder doch nur ganz vereinzelt, bekanntgeworden und ganz einflußlos geblieben sind. Der Landrat des Kreises Simmern berichtet, daß die Sozialdemokraten neuerdings unter den aus dem Kreise nach den Fabrikdistrikten am Niederrhein gezogenen Arbeitern eine Zahl von Anhängern gehabt habe, daß jedoch, nachdem infolge der Entlassung der Arbeiter aus den Fabriken der größte Teil jener

Arbeiter zu der landwirtschaftlichen Beschäftigung zurückgekehrt sei, bei denselben, namentlich wohl durch die konservative Richtung in der Gesinnung der Bevölkerung des Kreises, wieder vernünftiger Anschauungen Platz gegriffen haben, so daß zur Zeit von einer sozialdemokratischen Partei im Kreise nicht die Rede sein könne. Es sei jedoch verschiedentlich die Bemerkung gemacht, daß von den zur wirklichen Landplage gewordenen herumziehenden Handwerksburschen in Wirtshäusern sozialdemokratische Reden gehalten worden sind, welche ziemlich viel Anklang gefunden haben sollen. Der Landrat hat deshalb die Gendarmen des Kreises angewiesen, energisch gegen solche Personen vorzugehen, auch Nachtpatrouillen zu halten, um mittels derselben die Wirtshäuser und die Vorgänge darin zu kontrollieren.

Nach dem Bericht des Landrats des Kreises Zell sind in den Bürgermeistereien des Kreises, mit Ausnahme der Landbürgermeisterei Zell, Bestrebungen sozialdemokratischer Natur bisher in keiner Art vorgekommen. Nur in der Gemeinde Merl, Landbürgermeisterei Zell, hat der katholische Kaplan Föckler versucht, die ärmeren Leute für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu erwärmen und namentlich auch gegen die wohlhabendere Bevölkerung aufzubringen. Gegen Föckler, zur Zeit auch Redakteur des ultramontanen Blattes »Der Reichsfreund«, über dessen Erscheinen und Tendenz sich der diesseitige Bericht an Ew. Exzellenz Herrn Amtsvorgänger vom 23. Mai vorigen Jahres Pr. 461 näher verbreitet, ist wegen einer am 1. Juni dieses Jahres in sozialdemokratischem Sinne gehaltenen Rede auf Grund des § 130 a des Strafgesetzbuches gerichtliche Untersuchung eingeleitet, die noch schwebt. Derselbe wird genau überwacht, und muß dem Landrat am 1. und 15. eines jeden Monats über sein Verhalten berichtet werden.

Nach den neuesten Nachrichten soll übrigens Föckler seit Einleitung jener Untersuchung und infolge seiner Überwachung sowie auf Veranlassung seiner geistlichen Amtsgenossen in Sprache und Haltung sich gemäßigt haben.

Der Landrat des Kreises Altenkirchen berichtet, daß in dem weitaus größten Teile des Kreises sozialdemokratische Einflüsse noch nicht tiefer eingedrungen sind und ein Anschluß organischer Art an sozialdemokratische Vereine nirgend im Kreise besteht; derselbe bemerkt aber nicht, daß, wenngleich im Kreise sozialdemokratische Einflüsse über das Stadium der ersten Anfänge jedenfalls nicht hinausgekommen sind, doch auf die Frage, ob es auch an den Elementen fehlt, welche der Sozialdemokratie innerlich verwandt und ihr verfallen sind, sobald ihre Fahne entfaltet wird, sich eine unbedingt günstige Antwort nicht geben lasse.

Im Kreise Neuwied sind nach dem Bericht des Landrats die Bürgermeistereien Neuwied und Heidesdorf, die aneinandergrenzen, die einzigen, welche Sozialdemokraten in sich bergen. Die sozialdemokratische Partei fing Ende des Jahres 1872 in diesem Kreise bekanntzuwerden an.

Ein Agitator namens Schäfer aus Offenbach hielt Versammlungen ab, welche hier und da stürmisch wurden und meist von Arbeitern, hauptsächlich von Zigarrenarbeitern, besucht wurden.

Auch jetzt noch liefern diese Zigarrenarbeiter fast ausschließlich die dortigen Anhänger der sozialdemokratischen Partei. Bei der in Neuwied am 31. März 1873 stattgefundenen Reichstagswahl trat jener Schäfer so frech gegen den Bürgermeister auf, daß eine gerichtliche Bestrafung desselben erfolgte. Bei der Wahl selbst erhielt der sozialdemokratische Kandidat circa 900 Stimmen. Seit dieser Zeit hat Schäfer in Neuwied nicht mehr agitiert und war auch seitdem bis jetzt von irgendeiner Bewegung unter den Zigarrenarbeitern nichts zu merken. Es hat aber unter denselben eine Vereinigung bestanden in Form einer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, welchem etwa 40 Tabakarbeiter in und bei Neuwied angehörten, die auch bis jetzt Beiträge zu sozialdemokratischen Zwecken gezahlt haben. In den hin und wieder von dieser Vereinigung abgehaltenen Versammlungen ist nach den Berichten der kontrollierenden Polizeibeamten eine Agitation auf politischem Gebiet nicht betrieben worden; es sind in demselben vornehmlich die Kassenangelegenheiten des Vereins verhandelt worden. Übrigens hat sich infolge jener oben erwähnten, am 17. Juni dieses Jahres in Neuwied stattgefundenen Versammlung der dortigen Fabrikherren und Hüttenbesitzer der dortige deutsche Tabakverein aufgelöst. Dessen ungeachtet besteht auch jetzt noch im Kreise Neuwied eine, wenn auch nur geringe, sozialdemokratische Agitation, und zwar besonders seitens einiger weniger Zigarrenarbeiter.

Nach einer Mitteilung des kaiserlichen Postamtes in Neuwied an den Landrat sind im II. Quartal dieses Jahres daselbst an sozialdemokratischen Zeitungen 27 Exemplare des »Botschafters«, Verlagsort Berlin, und 1 Exemplar des »Vorwärts«, Verlagsort Leipzig, gehalten worden, wogegen für das III. Quartal dieses Jahres bis zum 4. dieses Monats nur 1 Exemplar des »Vorwärts« bestellt worden ist.

Im Kreise Koblenz kann Inhalts des betreffenden Berichts des Landrates von einer sozialdemokratischen Bewegung gegenwärtig nicht die Rede sein, da innerhalb der ackerbautreibenden Bevölkerung des linksrheinischen Kreisteils die Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie, ausgenommen bei einigen ganz wenigen Einwohnern, die zum Teil von außen zugezogen und ohne Einfluß sind, bis jetzt noch nicht Platz gegriffen haben und auch im rechtsrheinischen Teile, dem Sitz der Industrie, sozialdemokratische Bestrebungen sich nicht geltend machen, was wohl der besonderen Haltung der Fabrikherren und Hüttenbesitzer zu danken ist, da von denselben sozialdemokratische Arbeiter nicht mehr geduldet werden.

Von den Zigarrenarbeitern in Vallendar war zuvor eine Anzahl Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine; nachdem dieselben aber einmal den Versuch gemacht hatten, im Wege eines Streiks Lohnerhöhung zu erzwingen, wurden sie

sämtlich von dem betreffenden Fabrikbesitzer entlassen und vom letzteren nunmehr sozialdemokratische Arbeiter nicht mehr angenommen.

Der Landrat hebt aber, wie derjenige des Kreises Simmern, mit Recht hervor, daß infolge der Freizügigkeit und der Aufhebung des Paßzwanges das Vagabundentum sich in erschreckender Weise vermehrt habe und in ihm sich die Apostel des Sozialismus fänden, welche in den vielen, infolge der neuen Gewerbeordnung entstandenen Schankstätten ihre Kanzel leicht aufschlagen können.

In hiesiger Stadt hat die sozialdemokratische Bewegung bisher kein günstiges Feld gefunden, da es hier teils an begabten Führern fehlt, teils der gesunde Sinn der eingeborenen Bürgerschaft sich gegen die extravaganten Ansprüche und dünkelfhaften Bestrebungen des Sozialismus sträubt. In der besitzenden und auch in der weniger bemittelten Klasse gibt es hier keine Anhänger der Sozialdemokratie, und unter den besitzlosen Arbeitern sind es vorzugsweise aus der Fremde anziehende Handwerksburschen, welche das sozialdemokratische Element repräsentieren. Als Wortführer der hiesigen wenigen Sozialdemokraten hat sich bisher der Zigarrenmacher Ellner geltend gemacht, dessen Einfluß jedoch nicht über das Lokal hinausreicht, in welchem er den versammelten Arbeitern seinen sozialdemokratischen Phrasenvorrat zum besten gibt; in letzter Zeit ist er jedoch sehr kleinlaut geworden, sein kleines Zigarrenverkaufsgeschäft ist verödet, und geht er der Verarmung entgegen.

Aus dem Vorgetragenen wollen Ew. Exzellenz hochgeneigtest entnehmen, daß im Regierungsbezirk Koblenz, wenn es auch hier und da an einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei nicht fehlt, gegenwärtig im ganzen eine sozialdemokratische Bewegung von einiger Erheblichkeit, insbesondere eine wirklich organisierte, nicht bemerkbar ist. Wir dürfen uns wohl der Erwartung hingeben, daß auch fernerhin der gesunde Sinn der festhaftenden und eingeborenen Bevölkerung einerseits sowie die kontrollierende Überwachung und nötigenfalls ein energisches Einschreiten seitens der Kreis- und Ortspolizeibehörden andererseits verhindern werden, daß die sozialdemokratische Bewegung im diesseitigen Bezirk die jetzigen beschränkten Grenzen überschreite.

Das Regierungspräsidium

i. V.

(gez.) v. Jaski

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

*Abschrift*

Regierungspräsidium

201 P 1 Nr. 1366

*Betrifft die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung  
und den gegenwärtigen Stand derselben.*

Düsseldorf, den 27. Juli 1878

Ew. Exzellenz haben durch nebenbezeichneten hohen Erlaß die strengste Anwendung der Gesetze bis zur Grenze des Zulässigen gegenüber den Ausschreitungen der Sozialdemokratie und deren Agitatoren angeordnet. Gleichzeitig wurde die Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft als erforderlich bezeichnet, um dem gefährlichen Treiben jener revolutionären Partei Einhalt zu tun.

In Ausführung jener Anordnung hat die hiesige Regierung am 11. vorigen Monats die angeschlossene Zirkularverfügung erlassen, welche die Landräte und Bürgermeister mit spezieller Anweisung versieht und welche über die vorhandenen Vereine, die Führer und die Preßorgane der Sozialdemokraten genauen Aufschluß erfordert. Ein auch jetzt noch annähernd richtiges Bild von der Verbreitung der sozialdemokratischen Gesinnungen gibt die Statistik der Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874.

Danach sind die Zentren der Sozialdemokratie die beiden Städte Elberfeld und Barmen und der Kreis Solingen, gleichzeitig auch die beiden Wahlkreise, auf welche die Sozialdemokraten bei den jetzigen Wahlen ihre Tätigkeit beschränkt haben. Im Wahlkreise Essen überwiegt die den Sozialdemokraten nachstehende christlich-soziale Partei, deren Kandidat nach dem Vorgange der letzten Wahlen auch diesmal von den Sozialdemokraten unterstützt werden wird. Letztere sind außerdem noch nennenswert vertreten in der Stadt Duisburg, im Kreise Mülheim an der Ruhr und im Kreise Lennep. Im letzteren sind namentlich Remscheid, Ronsdorf und Wermelskirchen alte Brutstätten jener Umsturzpartei.

Im Wahlkreise Lennep-Mettmann erhielt bei der letzten Reichstagswahl der sozialdemokratische Kandidat 3657 Stimmen, von welchen bloß 584 Stimmen auf den Kreis Mettmann, die übrigen auf den Kreis Lennep fallen.

Noch geringer an Zahl wie im Kreise Mettmann sind die Sozialdemokraten im Landkreise Düsseldorf und in hiesiger Stadt vertreten. Ebenfalls unbedeutend ist ihre Zahl im Wahlkreise Krefeld und in den Kreisen Mönchengladbach und Kempen.

Ganz unberührt von jener Partei sind bisher die Kreise Rees, Kleve, Geldern, Moers, Neuß und Grevenbroich.

Die jüngsten Erhebungen über die Organisation und Tätigkeit der Sozialdemokratie haben zu folgenden Resultaten geführt.

Die Stadt Barmen war und ist das Hauptquartier der Partei für das Bergische Land, und erscheint auch dort ihr wichtigstes Organ, die »Bergische Volksstimme«, welche seit Juli 1876 unter Leitung des bisherigen Reichstagsabgeordneten Hasselmann steht. Dieses Blatt wird in 1500–2000 Exemplaren gedruckt und von den Arbeitern in Barmen und Elberfeld vielfach gelesen, hat dagegen auswärts nur wenige Abonnenten.

Die Druckerei ist eine Filiale der Genossenschaftsdruckerei in Hamburg. Das Blatt hat fast keine Inserate und erfordert anscheinend Zuschüsse. Der Ton des Blattes ist ein höchst aufreizender und gehässiger. Die Ortspolizeibehörde übt

eine sehr scharfe und energische Kontrolle. Die »Bergische Volksstimme« ist in den letzten acht Wochen häufig mit Beschlag belegt, ihr Redakteur Hasselmann und sechs weitere Redakteure, die nacheinander auf ihn folgten, sind verhaftet und sehen ihrer gerichtlichen Bestrafung entgegen. Diese sieben Redakteure waren die geistigen Leiter der Bewegung im Wuppertale. Sie beeinflussten namentlich auch die Vereine, welche sich dort gebildet hatten.

Der wichtigste der sozialdemokratischen Vereine in Barmen war der Arbeiter-Wahlverein. Derselbe wurde nach der gerichtlichen Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ins Leben gerufen und war tatsächlich eine Fortsetzung desselben, da die Leiter und Mitglieder sowie auch das Vereinslokal dieselben waren. Die Zahl der Mitglieder betrug etwa 100, während die vom Verein veranstaltenden Volksversammlungen oft von mehreren tausend besucht waren. Am 24. vorigen Monats löste sich dieser Verein auf, und zwar wahrscheinlich deshalb, weil die Polizeibehörde eine nähere Feststellung des Mitgliederverzeichnisses vorgenommen hatte.

Der Verein befürchtete, daß diese Feststellung bezweckte, die Mitglieder den Arbeitgebern namhaft zu machen, und daß die Mitglieder alsdann Entlassung aus ihrem Arbeitsverhältnisse zu gewärtigen hätten. Nach Auflösung des Wahlvereins meldete dessen früherer Vorsitzender eine Wählerversammlung an. Diese wurde polizeilich aufgelöst, weil zu derselben auch Personen zugelassen wurden, welche nicht wahlberechtigt waren.

Seitdem sind weitere Versammlungen seitens der Sozialdemokraten nicht angemeldet worden.

Außerdem bestehen in Barmen noch der »Oberbarmer Leseklub« mit 100, der »Bendahler-Unterbarmer Leseklub« mit 150, der »Dramatische Verein« mit 20 und der Gesangverein »Bruderkette« mit 20–30 Mitgliedern.

Alle diese sozialistischen Vereine stehen untereinander in engerer Verbindung; die beiden letztgenannten wirken bei den sozialdemokratischen Festen mit; die Mitglieder der beiden Leseklubs versammeln sich wöchentlich einmal, wobei auch Vorträge gehalten werden.

Die öffentliche politische Tätigkeit konzentrierte sich in dem Arbeiterwahlverein, dessen Zweck die Erwirkung sozialistischer Wahlen war. Seit Anfang dieses Jahres fanden 10 Volksversammlungen statt. Zu einigen derselben wurden sozialistische Größen wie Geib, Motteler, Liebknecht und Most berufen, durch welche auch viele neugierige Nichtsozialisten angezogen wurden.

In solch großen Volksversammlungen erzielte man durch Tellersammlungen erhebliche Einnahmen, und bildeten diese und die monatlichen Beiträge die Geldquellen der Partei. Dieselbe kämpft jedoch fortwährend mit finanziellen Schwierigkeiten, da sie keine anderen festen Einnahmebezüge und namentlich auch keine vermögenden Mitglieder hat.

Als ein vortreffliches Mittel, um Ausschreitungen in den Volksversammlungen vorzubeugen, hat sich die stenographische Aufnahme der Reden erwiesen.

Die Polizeibehörde Barmens hat zu dem Zwecke einen besonderen Stenographen engagiert, welcher als Abgeordneter der Behörde, durch besonderes Abzeichen erkennbar, die während der Versammlung gehaltenen Reden in extenso aufnimmt. Dieselben werden sodann vollständig übertragen und dem Oberprokurator sofort unter Bezeichnung der inkriminierten Stellen zur strafrechtlichen Verfolgung des betreffenden Redners übersandt.

Dies Verfahren hat zur Folge gehabt, daß mehrere der Hauptagitatoren verhaftet und zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt wurden.

Auch der Redakteur Hasselmann ist auf Grund einer solchen stenographischen Aufnahme verhaftet worden.

Die energische Bekämpfung der Sozialdemokratie in Barmen, welche namentlich ein Verdienst des dortigen Oberbürgermeisters ist, hat bewirkt, daß die jetzige Wahlagitation nur von Haus zu Haus, von Fabrik zu Fabrik betrieben wird. Dies geschieht zwar sehr eifrig, ist aber äußerst mühevoll und nicht so erfolgreich wie die Agitation in großen öffentlichen Versammlungen. Auch ist die Agitation in der »Bergischen Volksstimme« eine zahmere geworden, nachdem sieben Redakteure derselben verhaftet sind.

In Elberfeld erscheint kein Preßorgan der Sozialdemokratie. Die »Bergische Volksstimme« ist dort zahlreich verbreitet, deren Redakteure auch in Elberfeld großen Einfluß ausübten. Außerdem sind dort viele eifrige Agitatoren und Führer ansässig. Manche derselben wie Friedrich Harm, Johann Schumacher, Johann Wimmers und H. J. Wüsthoff treten auch auswärts als Redner auf.

Früher konzentrierte sich die agitatorische Tätigkeit der Partei in dem »Elberfelder Arbeiter-Verein«. Nachdem derselbe durch gerichtliches Urteil vom 7. Februar 1877 geschlossen worden, wurde der »Volksverein« ins Leben gerufen.

Letzterer zählt zwar nur 35 Mitglieder, ist aber gegenwärtig die Seele der ganzen Agitation. In engerem geistigen Zusammenhang mit ihm bestehen ferner der »Verein für Volksbildung« mit 15, der »Distelbecker Leseverein« mit 31, der »Allgemeine Tischler-Verein« mit 10 und der »Allgemeine Deutsche Schneiderverein« mit 20 Mitgliedern.

Die Tätigkeit dieser sozialistischen Vereine besteht weniger in dem Halten öffentlicher Vorträge als in der geheimen Agitation. Alle genannten Vereine werden von der Ortsbehörde aufs strengste überwacht, verschiedene der Agitatoren sind bereits wegen Majestätsbeleidigung oder wegen Vergehen gegen die §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches verhaftet und zur Bestrafung gezogen worden. Bei den Volksversammlungen, welche früher öfter abgehalten wurden, fand ebenso wie in Barmen eine stenographische Aufnahme der Reden statt.

In letzter Zeit wurden jedoch keine öffentlichen Versammlungen mehr abgehalten, dagegen hat sich, um die Wahlbewegung unter den Arbeitern zu leiten, vor mehreren Wochen ein Wahlkomitee gebildet, welches sich wöchentlich einmal versammelt und polizeilich überwacht wird.

Im Kreise Solingen fungiert als Hauptagitator der frühere Fabrikarbeiter Luchtenberg. Derselbe redigiert die »Solinger Freie Presse«, ein Abklatsch der »Bergischen Volksstimme« in Barmen. Sie ist das einzige sozialdemokratische Organ, das im Kreise erscheint und hatte bis vor kurzem etwa 1300 Abonnenten. Der Redakteur Luchtenberg und sein Nachfolger in der Redaktion sowie der Schriftsetzer Wüsthoff sind neuerdings wegen Ausschreitungen verhaftet, und ist ersterer bereits zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seitdem hat das Blatt bedeutend an Abonnenten verloren. Eigentlich sozialistische Vereine bestehen nicht im Kreise Solingen. Der »Allgemeine Deutsche Schneiderverein« in Gießen zählt sechs bis zehn Mitglieder im Kreise, die sich aber ruhig verhalten. Der Bildungsverein in Solingen hat unter 30 bis 40 Mitgliedern mehrere Sozialdemokraten. Eine Agitation desselben ist aber bisher nicht hervorgetreten.

Sozialdemokratische Versammlungen haben seit längerer Zeit nicht mehr stattgefunden. Dieselben würden auch auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Wirte ihnen keine Lokale mehr einräumen. Auch sonstige Agitationen sind mit Bezug auf die jetzt schwebende Reichstagswahl nicht bemerkt worden.

Im Kreise Lennep ist Ronsdorf der älteste Herd der sozialistischen Agitation. Lassalle hielt dort selbst eine seiner glühendsten Reden, und schon seit jener Zeit bestand dort eine Filiale des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, welche sich auflöste, nachdem letzterer gerichtlich geschlossen worden.

Als tatsächliche Fortsetzung ist der Leseverein mit etwa 100 Mitgliedern anzusehen. Vorsitzender desselben ist der Bandwirker Wilke, welcher kürzlich wegen unbefugten Vertriebs von Losen für die Deportierten in Neu-Kaledonien zur Untersuchung gezogen ist. Der Hauptsitz der Partei ist gegenwärtig aber Remscheid. Dort besteht seit 1½ Jahren ein Wahlverein mit etwa 100 Mitgliedern, welche als Vertrauensmänner der Partei anzusehen sind und die Stadt ortschaftsweise unter sich verteilt haben.

Dieser Verein hält alle vier Wochen regelmäßige Versammlungen ab. Außer ihm besteht zu Remscheid noch ein Verein der Schmiede, welcher nur wenige Mitglieder hat und erst kürzlich ins Leben gerufen ist.

Als einziges Organ der Partei erschien bisher das »Neue Remscheider Volksblatt« mit 800 Abonnenten. Redigiert wurde es mit großer Gewandtheit von einem Schneidergesellen; in Gehässigkeit und Aufreizung stand es den übrigen Parteiblättern nicht nach.

Die Polizeibehörde in Remscheid hat die Mitglieder des Wahlvereins den Arbeitgebern namhaft gemacht und daher die Entlassung mancher derselben bewirkt. Als sich die Polizeibehörde nun auch in den Besitz der Abonnentenliste der »Neuen Remscheider Volkszeitung« setzte, entstand die Befürchtung, daß auch diese Liste zur Kenntnis der Arbeitgeber gelangen würde. Bei dem schlechten Gang der Geschäfte wiegt die Besorgnis der Brotlosigkeit doppelt schwer. Die Zahl der Abonnenten sank plötzlich auf 300, und vor kurzem ist das Blatt ganz eingegangen.

Die zahlreichen Agitatoren in Ronsdorf, Remscheid und Wermelskirchen sind Handwerker, Wirte und Arbeiter.

Von auswärts erscheinenden sozialistischen Blättern wurden etwa 150 Exemplare im Kreise gehalten. In letzter Zeit haben Volksversammlungen daselbst nicht stattgefunden. Im Kreise Mettmann bestehen seit Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins keine sozialdemokratischen Vereine. Volksversammlungen sind von jener Partei nur gelegentlich der letzten Reichstagswahlen im Januar 1877 abgehalten worden; seitdem nicht mehr. Einheimische Agitatoren und Führer sind nicht vorhanden. Die sozialistische Presse ist nur durch einzelne Exemplare auswärts erscheinender Zeitungen vertreten.

Auch die Stadt Essen hat keine sozialdemokratischen Vereine aufzuweisen. Im Oktober 1876 wurde dort ein sozialistisches Blatt unter dem Namen »Essener Freie Zeitung, Organ des arbeitenden Volkes« zum Zweck der Wahlagitation gegründet. Dasselbe war ein Abklatsch der damaligen »Rheinischen Freien Zeitung« und ging im Februar dieses Jahres ein, nachdem der Redakteur Schumacher wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Den früheren Hauptagitator Raspe, welcher zur Zeit allen Einfluß verloren hat, sucht jetzt ein junger Schneidergeselle namens Seelig zu ersetzen. Derselbe beruft von Zeit zu Zeit Volksversammlungen, die aber selten sehr stark besucht werden. Die letzten Versammlungen haben am ersten und zweiten Osterfeiertage stattgefunden. Von sozialistischen Zeitungen wird namentlich der in Leipzig erscheinende »Vorwärts« gehalten.

Auch im Landkreise Essen bestehen keine sozialdemokratischen Vereine, nachdem der Versuch des letzten Winters, einen allgemeinen Bergarbeiterbund zu stiften, an dem Hader der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen gescheitert ist. Bei den früheren Volksversammlungen traten meist fremde Agitatoren aus Barmen und Essen als Redner auf. Im laufenden Jahre sind noch keine Volksversammlungen von den Sozialdemokraten abgehalten worden. Letztere beziehen als Parteiblätter die »Berliner Freie Presse« und den »Vorwärts«. Im Wahlkreise Essen stehen die Sozialdemokraten in enger Beziehung zu den Christlich-Sozialen. Letztere Partei wurde im Jahre 1870 von katholischen Kaplänen ins Leben gerufen. Nach ihren Statuten bezweckt sie nur eine religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Sie will die soziale Frage auf friedlichem Wege durch das Christentum lösen. Nach ihrem ganzen bisherigen Treiben und Verhalten hat sie aber in gleich gehässiger und frivoler Weise wie die Sozialdemokratie die Hetzereien gegen die Besitzenden und den Klassenkampf geschürt, auch die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen überhaupt aufs schroffste angegriffen. Bei dem großen Bergmanns-Streik des Jahres 1872 und bei den aus Anlaß der Ausweisung der Jesuiten damals stattgehabten schweren Exzessen wirkte jene Partei hauptsächlich mit. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen und der Landrat des Landkreises Essen bezeichnen übereinstimmend die christlich-soziale Arbeiterpartei als ebenso gefährlich wie die Sozialdemokraten, und sind viele Arbeit-

geber derselben Ansicht. Ich habe die genannten beiden Beamten aufgefordert, für ihre Ansicht, daß die jetzt geplanten Maßregeln gegen die Sozialdemokraten auch auf die Christlich-Sozialen auszudehnen sind, durch nähere urkundliche Beweisstücke über das bisherige Treiben der Partei die erforderlichen Unterlagen beizubringen. Nach Beschaffung derselben werde ich mir gestatten, über die Behandlung der Christlich-Sozialen einen Separatbericht zu erstatten.

Bei der letzten Reichstagswahl fielen im ersten Wahlgang auf den sozialdemokratischen Kandidaten 3062, auf den christlich-sozialen 6689 Stimmen. Bei der engeren Wahl vereinigten sich die sozialdemokratischen und christlich-sozialen Stimmen und verhalfen dem Kandidaten der letzteren, Stötzel, gegenüber dem klerikalen Kandidaten zum Siege.

Auch bei der bevorstehenden Wahl werden die Sozialdemokraten voraussichtlich für den Christlich-Sozialen stimmen. Hauptführer der Christlich-Sozialen sind die Kapläne Laaf und Hengstebeck in Essen, welche auch das dort erscheinende Parteiorgan, den »Rheinisch-Westfälischen Volksfreund«, redigieren. Der Reichstagsabgeordnete Stötzel ist bloßer Sitz-Redakteur. Sonstige Agitatoren und Parteiführer sind noch der Kaplan Lassaulx in Altenessen, der Kaplan Bongarts in Recklinghausen und der Bergmann Rosenkranz in Essen.

Nach dem Stimmenverhältnis bei dem ersten Wahlgang der letzten Reichstagswahl fielen in der Stadt Essen 1540 Stimmen auf den Sozialdemokraten und 2413 auf den Christlich-Sozialen; im Landkreise Essen 1524 auf ersteren und 4276 auf letzteren.

Da manche Arbeitgeber, darunter auch die Firma Friedrich Krupp, dem Vernehmen nach ihren Arbeitern die Beteiligung an der christlich-sozialen Partei versagt haben, so sind in Altendorf fast alle Arbeiter aus dem dortigen christlich-sozialen Verein ausgetreten.

Bezeichnend ist, daß mit Bezug hierauf das Preßorgan der Christlich-Sozialen den Ausdruck der sozialdemokratischen Presse verwendet, »daß ein durch die Hungerfolter erzwungenes Ehrenwort null und nichtig ist«.

In der Stadt Duisburg bestand bis vor kurzem der »Wahlverein für die Kreise Duisburg und Mülheim« mit sozialdemokratischen Tendenzen. Derselbe hatte anfangs 200 Teilnehmer, sank allmählich auf 20 bis 30 herab und hat sich nach dem zweiten Attentate ganz aufgelöst. Derselbe hielt alle 14 Tage regelmäßig Zusammenkünfte und veranstaltete von acht zu acht Wochen Wahlversammlungen, die aber nie stark besucht wurden. Als Preßorgan diente den Sozialdemokraten früher die »Duisburger Freie Zeitung« unter Redaktion von Kuhl und nach deren Eingehen im Oktober vorigen Jahres die von Strumpen redigierte »Rheinische Freie Zeitung«. Auch diese ging im Frühjahr ein, nachdem der Redakteur wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Die Parteigenossen beziehen jetzt in wenigen Exemplaren die »Westfälische Freie Presse«; Volksversammlungen haben die Sozialisten nach dem zweiten Attentate nicht mehr veranstaltet.

Auch der Kreis Mülheim an der Ruhr hat zur Zeit keine sozialdemokratischen Vereine oder Preßorgane. Im Herbst 1876 hatten sich in Mülheim und in Oberhausen Wahlvereine gebildet, die aber bald wieder eingegangen sind. Von Duisburg aus wurden zur selben Zeit Volksversammlungen in Oberhausen, Ruhrort, Meiderich und anderen Orten veranstaltet. Auch fanden im vorigen Herbst anlässlich der bezweckten Gründung eines deutschen Bergarbeiterverbandes größere Volksversammlungen statt, die im laufenden Jahre jedoch unterblieben sind. Unter den Arbeitern der kürzlich in Oberhausen errichteten Glashütte hatte ein Agent Lennartz eine Filiale des in Dresden domizilierten Glasarbeiterbundes gegründet. Dieser Bund ist ein sozialdemokratischer Gewerkverein, dem eine große Anzahl der deutschen Hohlglas-Arbeiter angehört und der im letzten Frühjahr auch in Gerresheim im Landkreise Düsseldorf Boden zu fassen suchte. Als der Besitzer der Glashütte zu Gerresheim den Arbeitern die Wahl zwischen Austritt aus der Fabrik oder aus dem Glasarbeiterbunde stellte und eine große Anzahl der widerspenstigen Arbeiter entließ, wurden die Arbeiter auch in Oberhausen vor dieselbe Alternative gestellt. Die Folge war, daß alle Arbeiter aus dem Bunde traten und der Agent Lennartz entlassen wurde.

Verschiedene Persönlichkeiten in Oberhausen und Dümpten, welche als sozialdemokratische Agitatoren hervorgetreten sind, wurden in den letzten Monaten teils wegen Majestätsbeleidigung, teils wegen anderer Vergehen und Verbrechen verurteilt. Von den sozialistischen Blättern wurden der »Vorwärts« und die »Westfälische Freie Presse« vorzugsweise gehalten. Im Wahlkreis Mülheim-Duisburg erhielt der sozialdemokratische Kandidat bei der letzten Reichstagswahl 3474 Stimmen.

In hiesiger Stadt bestehen einige kleine Filialen sozialdemokratischer Gewerbevereine, von denen die größte 28 Mitglieder zählt. Dieselben bezwecken weniger eine agitatorische Tätigkeit als die Unterstützung zugereister Handwerksgelesen, welche Anhänger der Sozialdemokratie sind. Außerdem bestehen hier am Ort zwei kleine Wahlvereine, welche von Zeit zu Zeit Volksversammlungen berufen. Seit dem 2. Juni haben jedoch weder Vereins- noch öffentliche Versammlungen stattgefunden. Eigene Preßorgane hat die sozialistische Partei nicht; der »Vorwärts« findet in 30 Exemplaren hier Eingang.

Im Landkreise Düsseldorf sind keinerlei sozialistische Vereine oder Preßorgane vorhanden. Daß viele Arbeiter der Glashütte in Gerresheim dem Glasarbeiterbunde angehörten und deshalb im Frühjahr entlassen wurden, habe ich bereits vorstehend erwähnt. Es wird angenommen, daß noch jetzt das Organ jenes Bundes, »Die Glashütte«, von manchen Arbeitern in Gerresheim gelesen wird. Wie gering die Sozialdemokratie im Stadt- und Landkreise vertreten ist, ergibt sich schon daraus, daß bei der letzten Reichstagswahl der Kandidat jener Partei nur 604 Stimmen im hiesigen Wahlkreis erhielt.

Im Kreise Rees gibt es gar keine Sozialdemokraten. Auf der linken Rheinseite kommen nur der Stadt- und Landkreis Krefeld und die Kreise Kempen und

Mönchengladbach in Betracht, aber auch in diesen ist die Sozialdemokratie nur schwach vertreten. Im Wahlkreis Krefeld fielen bei der letzten Reichstagswahl 102, im Wahlkreise Kempen 572 Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten. In den übrigen Wahlkreisen und selbst in Mönchengladbach hatte die Partei gar keine Kandidaten aufgestellt.

In der Stadt Krefeld gibt es drei sozialistische Vereine: der »Verband der Metallarbeiter«, der »Niederrheinische Weberbund« und der »Verband zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Krefelds«. Die Zahl der Mitglieder ist gering, dieselben rekrutieren sich meist aus dem wandernden Arbeiter- und Gesellenstande. Zuweilen finden allerdings Versammlungen statt; im allgemeinen entfalten die Sozialdemokraten aber nur eine schwache agitatorische Tätigkeit. Als Parteiorgan erscheint die »Niederrheinische Volksstimme« in etwa 300 Exemplaren. Von letzteren kommen 120 auf die Stadt, der Rest auf die Nachbarorte im Landkreise Krefeld und im Kreise Kempen.

Im Landkreise Krefeld besteht nur ein sozialistischer Verein, und zwar zu Anrath der Ortsgewerbeverein des »Niederrheinischen Weberbundes« mit 28 Mitgliedern.

Eine sozialistische Agitation ist in den letzten Monaten nicht bemerkt worden. Im Kreise Kempen bestehen keine sozialistischen Vereine und Pressorgane. Vor der letzten Reichstagswahl bereisten verschiedene fremde Agitatoren die Orte Lobberich, Oedt, Dülken, Süchteln und Grefrath, hielten dort Volksversammlungen ab und bewirkten dadurch, daß 572 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Eine feste Organisation hat sich aber nicht gebildet. Es mögen einzelne Weber dem »Niederrheinischen Weberbund« angehören oder ein sozialdemokratisches Blatt lesen. Agitationen sind in letzter Zeit nicht vorgekommen, und die bevorstehenden Wahlen werden voraussichtlich zeigen, daß die sozialistische Partei dort allen Boden verloren hat.

Im Kreise Mönchengladbach hat bei den Reichstagswahlen im Jahre 1871 eine lebhafte Agitation stattgefunden. Der bekannte Fritz Mende kandidierte dort, fiel zwar durch, erhielt aber immerhin mehr als 2000 Stimmen. Seitdem hat es dort keine sozialdemokratischen Wahlumtriebe mehr gegeben. Es bildete sich der klerikale Bürgerverein »Concordia«, welcher großen Einfluß auf die Arbeiter gewann und die Sozialdemokratie verdrängte. Unterstützt wurde die »Concordia« durch den gemäßigten und angesehenen katholischen Oberpfarrer, welcher die sozialen Irrlehren mit großem Eifer und Erfolg bekämpfte. Die wenigen etwa noch vorhandenen evangelischen Sozialdemokraten verhalten sich notgedrungen ruhig.

Von sozialdemokratischen Vereinen besteht nur der »Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen« mit 10 Mitgliedern. Eine Agitation wird von demselben nicht entfaltet. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für Bebel 11 Stimmen abgegeben.

Wenn ich vorstehend Ew. Exzellenz eine Übersicht der jetzigen Organisation der sozialdemokratischen Partei im hiesigen Bezirk gegeben habe, so bleibt mir jetzt noch übrig zu erörtern, welchen Einfluß die beiden Attentate und die dadurch wachgerufene Volksbewegung auf jene Partei geübt haben.

Aus der gleichgültigen und frivolen Art, mit welcher die sozialistischen Preßorgane die Nachricht jener Freveltaten aufgenommen und besprochen haben, darf man mit Fug und Recht schließen, daß die Führer und der Kern der Partei die Attentate nicht mit jenen Gefühlen der Entrüstung und des Abscheues betrachten, wie solche in der Brust jedes Unbefangenen sich regten. Die betreffenden Artikel waren kühl bis ins Herz hinein und erwogen nur die politischen Folgen und die Nachteile, welche ihre Partei zu gegenwärtigen hatte. Ein großer Teil der losen Anhänger und Mitläufer der Sozialdemokratie, welche deren Kandidaten bei den letzten Reichstagswahlen unterstützt hatten, war indessen tief bestürzt und ergriffen. Viele werden durch den Abgrund, welche jene Attentate offenbarten, abgeschreckt sein und sich von der Partei endgültig losgesagt haben. Es wird dies namentlich von den Sozialdemokraten der Kreise Solingen, Mülheim an der Ruhr und in hiesiger Stadt berichtet; jedenfalls wird sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen erheblich vermindern.

Von größter Bedeutung ist die patriotische Erbitterung, welche fast alle Volksklassen ergriffen hat und welche namentlich in dem Vorgehen der Arbeitgeber Ausdruck gefunden hat. Bereits am 12. Juni traten hier am Orte Vorsteher verschiedener wirtschaftlicher Kongregationen der Provinzen Rheinland und Westfalen zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Es wurden vier Resolutionen entworfen, welche die Bekämpfung der Sozialdemokratie als eine Pflicht jedes Bürgers und besonders auch jedes Industriellen erklären, welche ferner alle Arbeitgeber auffordern, ihren Arbeitern die Beteiligung an der Sozialdemokratischen Partei und deren Agitationen zu verbieten und welche schließlich die Unterstützung der Regierung und der gesetzgebenden Faktoren beanspruchen, um die bestehenden und wenn nötig auch neue gesetzliche Bestimmungen gegen die zunehmende Verwilderung und Demoralisierung der arbeitenden Klassen zur Anwendung zu bringen.

Diese Resolutionen wurden in einer großen Versammlung, welche hier am 24. Juni stattfand und von 600 Vertretern der größten industriellen Werke beider Provinzen besucht war, mit großer Mehrheit angenommen.

Die Verwaltungen der drei großen Eisenbahngesellschaften haben sich diesem Vorgehen angeschlossen wie auch fast alle größeren Industriellen unseres Bezirks. Die Wirkung dieses Vorgehens war um so wuchtiger, als bei den jetzigen traurigen gewerbslosen Verhältnissen viele Arbeiter ohne Beschäftigung sind und die entlassenen Arbeiter nur schwer wieder Beschäftigung finden können.

Die Wirkung zeigte sich in der Auflösung mancher Vereine, in der abnehmenden

Mitgliederzahl der übrigen Vereine, in der Verminderung der Preßorgane und in der Sistierung jeder größeren Agitation.

Die Partei ist zur Zeit offenbar eingeschüchtert, sie wagt nicht mehr, ihre bisherigen Agitationsmittel, die Presse und die Volksversammlungen, in früherer Weise zu gebrauchen. Viele ihrer Führer sind verhaftet und hängen die bevorstehenden gesetzlichen Maßnahmen wie ein Damoklesschwert über ihrem Haupte. Ungeachtet der jetzt so kräftig hervorgetretenen Selbsthilfe der besitzenden Klassen glaube ich jedoch nicht, daß letztere sich allein auf die Dauer stark genug erweisen wird, um die Umsturzpartei einzudämmen.

Wenn die jetzige Aufregung erloschen ist und günstigere Zeiten die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder steigern, werden namentlich die kleineren Industriellen gar nicht in der Lage sein, sozialdemokratische Elemente auszuschließen. Der lockende Geschäftsgewinn wird sie veranlassen, ein Auge zuzudrücken und die Arbeiter zu nehmen, wo sie sie finden.

Eine Verschärfung der Gesetzgebung ist daher unvermeidlich. Der Oberbürgermeister von Elberfeld schlägt mit Recht eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie des Preßgesetzes gegenüber den Sozialdemokraten vor. Außer einem solchen Ausnahmegesetz regt derselbe die Ausschreibung einer kurz gefaßten populären Preisschrift an über die Ziele der Sozialdemokratie und die Unmöglichkeit, dieselben zu erreichen.

Der Landrat von Solingen erblickt dagegen in dem allgemeinen Wahlrecht vorwiegend den Boden, auf welchem die Sozialdemokratie sich so bedrohlich entwickelt hat, und befürwortet eine Beschränkung dieses Rechts.

Meines gehorsamsten Dafürhaltens müßte neben einer repressiven Ausnahmegesetzgebung eine positive Fürsorge des Staates für die Förderung der materiellen und geistigen Interessen des Arbeiterstandes eintreten. Dazu ist vor allem erforderlich eine gesunde Handelspolitik, welche die nationale Industrie genügend schützt und sie befähigt, ausreichende Löhne zu geben.

Sodann dürfte auch Fürsorge zu treffen sein, daß die Arbeiter gegen Unfälle und im Alter sichergestellt würden.

Der Regierungspräsident  
(gez.) v. Hagemeister

An den Kgl. Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

*Abschrift*

Düsseldorf, den 12. September 1878

*I. S. II. A. 4472*

Betrifft das Verhalten der Christlich-Sozialen.

Bereits in den Berichten vom 24. Juli und 20. August cr. hatte ich ehrerbietigst darauf hingewiesen, daß die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreise

Essen von den dortigen Behörden für ebenso staatsgefährlich erachtet wurde wie die Sozialdemokratie.

Der Landrat des Landkreises Essen sowohl wie der Oberbürgermeister der Stadt Essen hatten wiederholt die Notwendigkeit hervorgehoben, sowohl die durch den hohen Erlaß vom 1. Juni cr. verfügten Verwaltungsmaßregeln als auch die gegen die Sozialdemokraten in Aussicht genommenen Ausnahmegesetze unterschiedslos und nachdrücklichst auch den Christlich-Sozialen gegenüber zur Anwendung zu bringen.

Beide Beamten habe ich zunächst aufgefordert, ihre Auffassung durch Beibringung urkundlicher Beweisstücke und sonstiger tatsächlicher Unterlagen näher zu begründen.

Infolgedessen hat der Landrat von Essen unterm 26. Juli und der Oberbürgermeister am 2. August cr. Berichte eingesandt, welche ich mir anbei originaliter mit sämtlichen Anlagen vorzulegen gestatte.

Der christlich-soziale Arbeiterverein zu Essen wurde im Anfang des Jahres 1870 durch den Kaplan Hausmann ins Leben gerufen. Nach den mir vorgelegten Statuten bezweckt derselbe eine religiös-sittliche und eine materielle Hebung des Arbeiterstandes. Der Verein will diese Zwecke erreichen

- a) durch nützliche Unterhaltung, öffentliche Vorträge, Lesen passender Schriften, Gesang und Genuß christlich froher Geselligkeit,
- b) durch gegenseitigen hilfreichen Verkehr im bürgerlichen Leben und Gründung einer Sparkasse.

An der Spitze des Vereins steht ein Präses, der statutsmäßig katholischer Geistlicher sein muß und weitreichende Befugnisse hat.

Wollte man den Verein nur nach seinem Statut beurteilen, so müßte man denselben nicht nur für harmlos und ungefährlich, sondern geradezu für äußerst nützlich und unterstützungswert halten. Anders stellt sich aber das Urteil, wenn man an der Hand der von den Lokalbehörden beigebrachten Nachweise das Gebahren der Partei, deren Mittelpunkt der Verein ist, seit dem Jahre 1870 bis auf die Gegenwart verfolgt. Dann gewinnt man die Überzeugung, daß jenes Vereinsstatut nur die Hülle ist, welche eine äußerst gehässige, aus religiösen Fanatismus quellende Tätigkeit verdecken soll. Die christlich-soziale Arbeiterpartei in Essen hat sich die Schlagworte und die Agitationsweise der beiden gefährlichsten Parteien, der ultramontanen und der sozialdemokratischen, angeeignet, sie hat den religiösen Fanatismus der unteren Volksschichten mit dem Klassenhaß der Besitzlosen gegen die Besitzenden verschmolzen und hat so mit verdoppelter Leidenschaft gegen die bestehende Staatsgewalt angekämpft.

In gleicher Weise wie die Sozialdemokratie hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter geschürt, den Erwerb der Besitzenden als eine Ausbeutung der Arbeiter bezeichnet und Neid und Haß gegen die großen Arbeitgeber erregt. In gehässiger tendenziöser Weise wurde stets auf das Elend in den Arbeiterkreisen, auf das Wohlleben unter den Werksbesitzern verwiesen. Die Mängel der bestehenden

Gesetzgebung wurden aufs schärfste gegeißelt, alles Elend wurde dem Staate und seiner Gesetzgebung zugeschrieben, der preußische Staat und seine Leiter in den letzten zwölf Jahren wurden als die Verkörperung alles Bösen aufs heftigste bekämpft. Systematisch waren die Leiter der Partei bestrebt, den Patriotismus lächerlich zu machen, die Taten unseres ruhmreichen Heeres zu verkleinern und zu schmähen. Kurz, die Partei unterschied sich von der sozialdemokratischen in ihrer Agitation nur dadurch, daß die Autorität der Religion und der katholischen Kirche unangetastet blieb, während es auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiete an einem klaren Programm überhaupt zu mangeln scheint. Sicherlich erstreben die Leiter der Partei weder einen Umsturz der Monarchie als solchen noch auch eine radikale Umwälzung der Eigentumsordnung. Die preußische Monarchie, wie sie auf den Taten von 1866 bis 1870 sich gehoben und unabhängig von Rom sich gestellt hat, kann indessen keine erbitterteren Feinde haben als die Christlich-Sozialen in Essen.

Ein festes wirtschaftliches Reformprogramm fehlt der Partei. Sie ist sich augenscheinlich nicht klar über ihre positiven Ziele. Sie verfährt daher meist nur negierend und zerstörend. Das Bestehende unterwirft sie einer ätzenden Kritik, sie zeigt den Arbeitern nur, was schlecht und mangelhaft ist, und begnügt sich mit dem Haß und der Unzufriedenheit, die sie unter den Arbeitern erzeugt, ohne dieselben auf den praktischen Weg erreichbarer Reformen zu leiten.

Kurzum, die Hetzkapläne, welche die christlich-soziale Arbeiterpartei geleitet haben und noch leiten, beuteten die sozialen Mißstände nur aus, um durch Schürung des Klassenhasses sich der Arbeiter ganz und voll zu bemächtigen und sie im kirchenpolitischen Kampfe gegen den Staat zu verwerten. Daß die höhere Geistlichkeit ihr Treiben völlig billigt, ist nicht anzunehmen. Sie weiß sehr wohl, daß die entfesselten niederen Leidenschaften nur schwer zu bannen sind und befürchtet, daß bei Beendigung des Kulturkampfes die Sozialdemokratie die Früchte jenes Treibens ernten wird. Bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 kam der Konflikt zwischen den Klerikalen und den Christlich-Sozialen offen zum Ausbruch. Letztere siegten in der engeren Wahl durch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Seitdem haben die Christlich-Sozialen weitere Fortschritte gemacht auf Kosten der Klerikalen. Letztere haben bei den jüngsten Wahlen zum Reichstag eine Erneuerung des Konfliktes gescheut, weil sie ihre Niederlage voraussahen. Sie vertuschten daher die vorhandenen Differenzen und stimmten mit für den Kandidaten der Christlich-Sozialen. Das demagogische Element überwiegt, und die gemäßigten klerikalen Elemente wurden von denselben mit fortgerissen.

Die Staatsregierung hat daher volle Veranlassung, das Vereins- und Preßgesetz gegen die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreise Essen mit aller Schärfe bis zur äußersten Grenze des Zulässigen anzuwenden.

Soweit stimme ich mit den Anschauungen der Lokalbehörde überein.

Anders dürfte indessen die Frage zu beantworten sein, ob die Bestimmungen des jetzt dem Reichstage vorgelegten Sozialistengesetzes auch auf die Christlich-Sozialen auszudehnen ist. Daß die Bestrebungen derselben die bestehende Gesellschaftsordnung untergraben, läßt sich nicht behaupten. Die Grundlagen der Eigentumsordnung wollen die Christlich-Sozialen nicht umstürzen. Die preussische Staatsordnung wird von ihnen in ähnlicher Weise bekämpft wie von den Klerikalen. Im übrigen sind sie keine theoretischen Gegner der monarchischen Staatsordnung. Die Agitationen der Christlich-Sozialen gefährden den inneren Frieden und erwecken den Klassenhaß. Auf einen radikalen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sind sie dagegen nicht gerichtet.

Meines gehorsamen Dafürhaltens findet daher der vorgelegte Gesetzentwurf an sich keine Anwendung auf die Christlich-Sozialen. Eine besondere Ausdehnung seiner Bestimmungen auf letztere könnte ich nur dann befürworten, wenn sich die große Mehrheit der Christlich-Sozialen im übrigen Deutschland eines gleichen gehässigen und gefährlichen Treibens schuldig gemacht hätte wie im Wahlkreise Essen. Dies ist aber meines Wissens nicht der Fall. In den übrigen Kreisen des hiesigen Bezirks ist die christlich-soziale Partei nicht so bemerkenswert und gemeinschädlich hervorgetreten, daß ihrethalben ein besonderes Einschreiten der Staatsgewalt erforderlich erscheint. Vielfach hat der katholische Klerus, z. B. in Mönchengladbach und Krefeld, durch Gründung von Arbeitervereinen wohlthätig auf die soziale Stellung der Arbeiter eingewirkt, die Sozialdemokraten verdrängt oder ferngehalten und den Frieden zwischen den meisten Gesellschaftsklassen gefördert. Auch die katholischen Gesellenvereine sind zwar Hauptherde und Stützpunkte der ultramontanen Partei, daneben aber von heilsamem Einfluß für die Sittlichkeit und Wohlfahrt der Gesellen. Es kann sicher nicht in der Absicht der Staatsregierung liegen, alle diese Vereine um der Sünden der Christlich-Sozialen in Essen willen in gleicher Weise zu unterdrücken wie die sozialdemokratischen Vereine.

Noch formloser und weit bedeutungsloser ist die von dem Hofprediger Stöcker ins Leben gerufene Partei der Staatssozialisten im hiesigen Bezirk. Sie hat unter evangelischen Geistlichen manche Förderer und Anhänger gefunden, ist aber in die eigentlichen Arbeiterkreise kaum eingedrungen.

Ew. Exzellenz bitte ich hiernach um geneigte Entscheidung, wie gegen die Christlich-Sozialen im Wahlkreise Essen vorzugehen ist.

Der Regierungspräsident  
i. A. (gez.) Fiebig

An den Kgl. Geheimen Staats- und Minister des Inneren,  
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

## Ministerium des Innern

Auf den gefälligen Bericht vom 12. September dieses Jahres erkläre ich mich damit einverstanden, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wie es in der jetzt bekannten Form in Kraft tritt, auf die christlich-soziale Partei in Essen zur Zeit nicht würde zur Anwendung gebracht werden können.

Der von dem Oberbürgermeister zu Essen erstattete, von Ew. Hochwohlgeboren bestätigte Bericht vom 2. August dieses Jahres ergibt allerdings, daß die christlich-soziale Partei sich die Agitationsweise der Sozialdemokratie angeeignet hat, indem sie in gleich aufreizender Weise den Klassenhaß schürt, Unzufriedenheit in den ärmeren Klassen der Bevölkerung verbreitet, die Gesetzgebung und die Anordnungen der Staatsbehörden in hämischer Weise kritisiert usw. sowie, daß die Partei bei der letzten Reichstagswahl mit den Sozialdemokraten gemeinsam agitiert habe. Nun könne zwar diese Tatsache wohl zu dem Urteil berechtigen, daß das Verhalten der christlich-sozialen Partei den öffentlichen Frieden gefährde und daß diese Partei, wenn sie an Ausdehnung gewönne, in ähnlichem Maße staatsgefährlich werden könne wie die Sozialdemokratie. Aus dem Verhalten der christlich-sozialen Partei bzw. aus ihrem Programm oder ihren zutage tretenden Bestrebungen ist aber, wie in den vorliegenden Berichten ausdrücklich anerkannt wird, bisher nichts zu entnehmen, daß die Partei auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Ziele verfolge. Vielmehr scheint der vornehmliche Zweck der Leiter in der Schürung des religiösen Fanatismus und der auf dieser Grundlage zu gewinnenden Beherrschung der Massen unter energischer Bekämpfung der Staatsregierung zu bestehen. Die Christlich-Sozialen stehen daher zur Zeit im wesentlichen mit der ultramontanen Partei auf einem Boden.

Daß aber die von letzterer Partei bei den Reichstagswahlen geübte Taktik, welche sie mit der Sozialdemokratie in Berührung brachte, keine hinreichenden Motive abgeben kann, um dieselbe den gegen die sozialdemokratische Agitation gerichteten Gesetze zu unterwerfen, bedarf keiner näheren Ausführung.

Wenn aber auch nach jetziger Lage der Verhältnisse ein Einschreiten gegen die Vereine und Preßerzeugnisse der christlich-sozialen Partei sich nicht werde rechtfertigen lassen, so muß doch das Verhalten dieser Partei einer aufmerksamen und stetigen Überwachung unterworfen bleiben, da die Annahme naheliegt, daß die fortgesetzt in die Arbeitermassen getragene Agitation den Boden für die Aufnahme sozialdemokratischer Tendenzen derart vorbereitet, daß letztere früher oder später, auch gegen die Absicht der ursprünglichen Leiter der Agitation, in erkennbarer Weise zutage treten werden und die Anwendung des erwähnten Gesetzes notwendig machen können.

Der Minister des Innern  
(gez.) G. v. Eulenburg